

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	26. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	19. Juli 2016, 15:30 Uhr
		Öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

19.

Punkt 16 der Tagesordnung: Fortschreibung Lärmaktionsplan 2016
Vorlage: 2016/0345

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die Fortschreibung des Lärmaktionsplanes. Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der genannten Maßnahmen vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Finanzmittel.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit der Veröffentlichung der Fortschreibung des Lärmaktionsplanes und Berichterstattung an die LUBW.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende setzt um 19:00 Uhr die unterbrochene Sitzung fort, ruft Tagesordnungspunkt 16 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Planungsausschuss:

Es gibt noch eine Information des Bürgermeisters.

Bürgermeister Stapf: Wir haben den Lärmaktionsplan mehrfach besprochen. Deshalb möchte ich das nicht wiederholen. Es war ein Plan, der auch öffentlich diskutiert wurde. Wir hatten die Öffentlichkeitsbeteiligung, deshalb auch die Information an die Öffentlichkeit, die Sie schon aus dem Bauausschuss kennen, dass die Maßnahme an der L 605 bei Bulach – Lärmschutzwall – nicht, wie es jetzt noch drin steht, zeitnah umgesetzt wird. Drin bleibt, um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, das Thema Fahrbahnoberfläche bei Bulach. Aber der Lärmschutzwall wird zunächst nicht weiter verfolgt. Er bleibt drin, denn der Grund, warum er nicht weiterverfolgt wird, liegt an den nicht eintreffenden Fördermitteln. Aber es besteht weiterhin die Hoffnung, dass zu einem späteren Zeitpunkt die Förderung fließen kann. Dann würde die Maßnahme auch wieder aufgenommen.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Wir werden heute der Vorlage zustimmen. Es ist so, dass Lärmschutz ein wichtiges Thema ist und auch eine große Bedeutung hat für die Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt. Zu viel Lärm kann das angenehme Leben in dieser Stadt zerstören. Es kann im schlimmsten Fall auch krank machen.

Es ist so, dass wir leider nicht die rechtlichen Möglichkeiten in dem Bereich haben, die wir gerne hätten. Es gibt in der Bevölkerung eine große Unzufriedenheit. Leider können wir nicht überall, wo mehr Lärmschutz von den Anwohnerinnen und Anwohnern gewünscht wird, entsprechend handeln, weil wir nicht die rechtlichen Möglichkeiten haben.

Ich möchte hier nur festgestellt haben, dass meine Fraktion mit der Situation, so, wie sie jetzt ist und wie sie jetzt im Lärmaktionsplan fortgesetzt wird, nicht zufrieden ist, dass wir aber aufgrund der rechtlichen Situation wenig Handhabe sehen, wie wir als Stadt noch Weiteres machen können. Da ist der Gesetzgeber gefordert, dass wir hier mehr tun können, um die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger zu vertreten und überall wirksam Lärmschutz umsetzen zu können.

Stadträtin Wiedemann (CDU): Auch die CDU-Fraktion begrüßt die Fortschreibung des Maßnahmenkonzepts für die Lärmdezimierung. Wir begrüßen und finden es toll, dass hier die Bevölkerung, die Anwohner mit einbezogen wurden. Denn das sind diejenigen, die sagen können, wo es laut ist, wo sie sich vom Lärm belästigt fühlen, wo sie Angst haben, dass sie krank werden können.

Die Stadtverwaltung hat schon sehr vieles umgesetzt. Ich darf hier auch an die Eckener Straße erinnern, die wir mehrfach schon „angemahnt“ haben. Hier ist die eine Seite schon erledigt mit einem lärmindernden Belag. Die andere Seite wird folgen. Wenn man sich dort aufhält, wenn man dort fährt, merkt man sofort, hier ist eine Reduzierung erfolgt. Leider ist es natürlich nicht immer so, dass Tempo 30 den Lärm mindert. Oftmals kommt es auf den Unterbelag der Straße an. Kopfsteinpflaster und die Betonfahrbahnen dienen nicht dazu, den Lärm zu reduzieren. Tempo 30 ist kein Allheilmittel, um den Lärm zu mindern, vor allem, wenn es immer mit Stop-and-Go geht, wieder anfahren und anhalten. Ich weiß nicht, ob das unbedingt positiv für die Anwohner ist.

Was wir äußerst bedauern, ist, dass Bulach herausgefallen ist, weil das Regierungspräsidium uns die Fördergelder nicht zukommen lässt, weil laut Regierungspräsidium die Messungen keine übermäßige Lärmbelastung für die Bewohner angezeigt haben. Wir begrüßen es, dass es weiterhin im Plan bleibt. Wir hoffen, dass mit dem lärmindernden Fahrbahnbelag eine kleine Lärminderung, eine gefühlte, eintreten wird. Ansonsten verfolgen wir es. Gegebenenfalls fragen wir nach, nach der Umsetzung unseres Maßnahmenkonzeptes.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Auch die SPD-Fraktion begrüßt die Fortschreibung des Lärmaktionsplans 2016. Die Maßnahmen, die aufgenommen wurden, sind Maßnahmen, die auch eine realistische Chance auf Umsetzung haben, d. h. ein 5-Jahres-Plan. Die Bürgerinnen und Bürger werden nicht auf einen St.-Nimmerleins-Tag vertröstet. Das halten wir für zielführend. Auch, dass Maßnahmen aufgegriffen wurden, die nicht primär in die Zuständigkeit der Kommune fallen, beispielsweise im Bereich der Autobahn.

Es gibt weiterhin vieles zu tun, manches ist schon passiert, manches passiert im Rahmen weiterer Planung, so z. B. im Zusammenhang mit dem Ausbau der Straßenbahn in Knielingen, dass da im Bereich Sudeten-/Annweilerstraße eine Tempo-30-Zone eingerichtet wird.

Was uns nach wie vor am Herzen liegt, ist die Situation in der Herrenalber Straße, der Umgang mit den Gleisen. Es wurde auch schon hinlänglich diskutiert. Tendenziell würden wir uns ein grünes Gleis wünschen. Aber – wie andere Maßnahmen auch – ist es immer eine Frage der Kosten.

Es sind jetzt 37 Maßnahmen eingestellt worden. In einem vorbildlichen Bürgerbeteiligungsprozess ist verantwortlich mit den Einwendungen der Bürgerinnen und Bürger umgegangen worden. Von daher zeigen wir uns zunächst zufrieden. Aber es ist letztendlich nicht abschließend. Lärmschutz ist wichtig, und wir werden weiterhin in diesem Sinne konstruktiv zusammenarbeiten.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Auch die GRÜNE-Fraktion begrüßt die Fortschreibung des Lärmaktionsplans. Vor allem sind jetzt die Grenzwerte gesenkt worden, ab der Maßnahmen betrachtet werden, so dass weitere Hotspots oder verbesserungswürdige Bereiche auf die Liste gekommen sind. Die L 605 ist ein Beispiel dafür, dass wir dem Land voraus sind, weil wir das in den Lärmaktionsplan eingestellt haben, aber das Land erst ab 2 dB mehr einen Zuschuss gewährt und nicht – Frau Wiedemann -, weil es gemessen wurde, sondern weil es berechnet wird.

Das ist immer das gleiche. Es muss berechnet werden. Das kommt daher, dass im Land in vielen anderen Bereichen noch große Lärmschwerpunkte gelöst werden müssen, bevor auch landesweit dieser Wert gesenkt werden kann. Man weiß nicht, wann es kommen wird. Wir hoffen, dass es möglichst bald kommt. Wir hatten auch schon überlegt, ob wir dann die 500.000 Euro zusätzlich aus städtischen Mitteln bezahlen wollen, damit es jetzt umgesetzt werden kann. Das ist die Frage angesichts der Haushaltsstabilisierung, die wir jetzt haben. Da gibt man nicht mehr so leicht eine halbe Million aus, wenn man die Aussicht hat, das irgendwann vom Land zu bekommen.

Völlig unbefriedigend – das wurde angesprochen von KULT – ist die Situation, dass wir nicht Herr des Verfahrens sind, dass die Stadtverwaltung nicht Herr des Verfahrens ist bei dem Einrichten von Tempo 30, dass da sehr enge Bedingungen erfüllt sein müssen, damit das möglich ist. Da wäre dringend notwendig, dass der Bundesverkehrsminister sich nicht nur um Autobahnen in Bayern kümmert und um Geld für Bundesstraßen in Bayern, sondern auch einmal die Interessen der Anwohner wirklich zur Kenntnis nimmt und dringend etwas ändert, dass es in die Hand der Stadt gelegt wird, ob sie Tempo 30 einrichten will oder nicht.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Auch wir von der AfD begrüßen es, dass die Stadt schon sehr viel für den Lärmschutz getan hat und dass diese Erfolgsgeschichte jetzt weitergeht. Ich möchte mich gerne den Ausführungen von Frau Wiedemann anschließen und auch von Herrn Honné.

Generell möchte ich sagen, dass wir es gut finden, dass die Stadt vor allem die Linienlärmquellen im Auge hat bei diesem Lärmaktionsplan. Denn diese Linienlärmquellen sind die, die dafür sorgen, dass der Schall besonders weit trägt, so dass sehr viele Leute davon betroffen sind. Wenn man sich an diese Linienlärmquellen macht, erreicht man auch viele Leute. Das ist richtig und gut so.

Die L 605 ist auch eine Linienlärmquelle. Das Dumme bei dieser Berechnung ist, dass dort die normale Windverteilung unterstellt wird, d. h. die meiste Zeit Westwind. Wenn aber, wie oft im Sommer, wenn man die Fenster offen hat, der Wind von Süden oder Südwesten kommt, dann trägt er den Schall nicht nur an der südlichen Spitze von Bulach vorbei, wo nur 150 Leute wohnen, sondern in den südliche Teil von Bulach hinein. Dann sind in so einer Phase viel mehr Leute vom Lärm betroffen. Deswegen sind wir der Meinung, man muss diese Problematik mit der L 605 wirklich im Auge behalten.

Ja, wir müssen sparen. Deswegen sehen wir ein, dass wir jetzt diese halbe Million nicht aus städtischen Mitteln dazu schießen können. Aber den leisen Asphalt brauchen wir auf alle Fälle an dieser Stelle. Wir müssen dran bleiben und, sobald es möglich ist, dort auch die Lärmschutzwand hinstellen.

Stadtrat Wenzel (FW): Zustimmung zur Fortschreibung und der Wunsch, die Fortschreibung in der Zukunft auch fortzuschreiben. In den Bürgerbeteiligungsverfahren und Anhörungen, die sehr vorbildlich waren, haben wir viele Wünsche und Anregungen aus sehr vielen Stadtteilen und der Region bekommen, wie auch aus Durlach, die hier noch keinen Einfluss hatten mit der Rittnerstraße. Ich hoffe, dass in den nächsten fünf Jahren auch diese Objekte ins Visier genommen werden, die jetzt durch das Raster gefallen sind.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um das Kartenzeichen. Ich sehe nur gelbe Karten, damit einstimmige Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
3. August 2016